

**Stellungnahme der KZBV
zum Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther,
Maria Klein-Schmeink, Ulle Schauws,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen „Mehr Frauen in Führungspositionen zur Organisation
des Gesundheitswesens“**

Die KZBV teilt die im Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen „Mehr Frauen in Führungspositionen zur Organisation des Gesundheitswesens“ formulierte Zielsetzung, die Repräsentation von Frauen in Selbstverwaltungsgremien und Führungspositionen im Gesundheitswesen zu erhöhen.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es der KZBV durch stetige und nachhaltige Verbesserung der Rahmenbedingungen ein Anliegen, Frauen eine aktive Beteiligung in den Gremien der vertragszahnärztlichen Selbstverwaltung und in der Landespolitik zu erleichtern.

Dazu haben die KZBV und die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KZVen) bereits vielfältige Maßnahmen ergriffen.

Freiberuflich tätige Zahnärztinnen und Zahnärzte stellen als Mitglieder der KZVen eine wohnortnahe, flächendeckende und qualitativ hochwertige zahnmedizinische Versorgung in Deutschland sicher und stehen als freie Heilberuflerinnen und Heilberufler zu ihrer ethischen und sozialen Verantwortung.

Die Selbstverwaltung in Form der Körperschaften des öffentlichen Rechts nimmt Ordnungsfunktionen innerhalb des Berufsstandes unmittelbar und eigenverantwortlich wahr. Dabei lebt die Selbstverwaltung vom Engagement ihrer Berufsangehörigen. Selbstverwaltung bedeutet größere Sachnähe, sie ist nah am Versorgungsgeschehen, nah an den Herausforderungen und Problemen vor Ort.

Die Aktivitäten von KZBV und KZVen zur Stärkung der Beteiligung von Frauen in den Gremien der vertragszahnärztlichen Selbstverwaltung und in der Landespolitik setzen

daher auf Bundes- und auf Landesebene an. Einige dieser Maßnahmen und Aktivitäten seien hier beispielhaft aufgeführt.

Ein wichtiger Baustein der Strategie der KZBV ist die auf Initiative des Vorstandes der KZBV eingerichtete „Arbeitsgruppe zur Förderung der Beteiligung von Frauen in den Gremien der vertragszahnärztlichen Selbstverwaltung“. Aufgabenstellung dieser Arbeitsgruppe ist es, konkrete Vorschläge zur Stärkung der Beteiligung von Frauen in der vertragszahnärztlichen Selbstverwaltung zu erarbeiten. Dies erfolgt in enger Anbindung an und unter Mitarbeit des Vorstandes der KZBV. Zu den Mitgliedern der Arbeitsgruppe zählen Frauen, die in der vertragszahnärztlichen Selbstverwaltung und Standespolitik bereits Führungspositionen innehaben, darunter Vorständinnen der KZVen, Mitglieder der Vertreterversammlung der KZBV sowie der Vertreterversammlungen der KZVen und Vorsitzende zahnärztlicher Verbände.

Im kommenden Jahr wird die KZBV darüber hinaus im Rahmen des „Vertragszahnärztetages“ der Repräsentation von Frauen in der vertragszahnärztlichen Selbstverwaltung besondere Aufmerksamkeit widmen.

Neben der KZBV haben auch die KZVen viele Aktivitäten entfaltet. Um verstärkt mit den Zahnärztinnen vor Ort in einen Dialog zu kommen, hat beispielsweise die Kassenzahnärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe im Mai dieses Jahres einen „Zahnärztinentag“ organisiert, auf dem die Niederlassung von Zahnärztinnen in eigener Praxis und das Engagement von Zahnärztinnen in der Berufspolitik intensiv im Hinblick auf Herausforderungen, Barrieren und Lösungswege diskutiert wurden.

Um die Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen zu verbessern, wird es aus Sicht der KZBV zunächst vor allem darauf ankommen, weiterhin das Engagement und die Mitarbeit von Frauen in den Gremien der Selbstverwaltung insgesamt zu erhöhen. Im Rahmen ihrer Handlungs- und Gestaltungsspielräume ist es originäre Aufgabe der Organisationen der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen, hierfür geeignete Rahmenbedingungen zu entwickeln und insbesondere die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und standespolitischem Engagement weiter zu fördern. In diesem Sinne sollte nicht das Pferd von hinten aufgezäumt werden, indem von oben Vorgaben für die Spitzenorganisationen der Selbstverwaltungskörperschaften auf Bundesebene gemacht werden. Vielmehr ist es aus Sicht der KZBV notwendig, aus der Mitte der Zahnärztinnenschaft eine breite Basis zu schaffen und möglichst viele Zahnärztinnen für ein Engagement in den Gremien zu gewinnen. Die KZBV arbeitet daran u.a. in der vorgenannten Arbeitsgruppe.

Die Einführung einer Frauenquote für Führungspositionen sollte aus Sicht der KZBV Ultima Ratio für den Fall sein, dass die vielfältigen Maßnahmen der Selbstverwaltung,

die auf allen Ebenen ergriffen werden, nicht zum gewünschten Erfolg führen. Erste Arbeitsergebnisse der vorgenannten AG werden im Herbst 2019 vorliegen und auch im Rahmen der Vertreterversammlung der KZBV am 13. / 14. November 2019 thematisiert werden.